Heimbewohner mit Schnupfen

Pflegerin wurde abgemahnt, weil sie keinen Arzt holte

Die medizinische Versorgung in Heimen ist schlecht geregelt. In vielen Heimen muss sofort der Rettungsdienst ran, wenn es um akute medizinische Probleme geht. Das ist teuer und führt zu sinnlosen Krankenhausaufenthalten, schrieben wir in unserem Report in MMW Nr. 6/2011, S. 12 (Medizinische Akutversorgung in Heimen – Hausarzt nicht erreichbar?).

— Vielen Dank, dass Sie dieses Thema zur Sprache gebracht haben. Da ich auch mehrfach im Jahr den sogenannten KV-Bereitschaftsdienst fahren muss, ist mir bekannt, wegen welcher Bagatellen wir oft tätig sein müssen. Aber: Wir dürfen nicht außer Acht lassen, unter welchem Druck die Altenpfleger und die Heimleitungen von Seiten der sogenannten Heimaufsicht und auch von Seiten der „lieben Verwandten“ stehen. Hier werden sehr häufig umfangreiche Nachforschungen seitens der Behörden angestellt und oft wegen relativer Nichtigkeiten Verweise, Strafen etc. ausgesprochen bis hin zur Drohung, das Heim im Wiederholungsfall zu schließen.

Nur zwei Beispiele: Eine Heimbewohnerin beschwerte sich wegen eines einmalig versalzenen Mittagessens. Folge: Die Küche wurde über mehrere Tage stichprobenartig kontrolliert.

Zweites Beispiel: Eine Altenpflegerin reicht einem Heimbewohner an einem Wochenende wegen einer Rhinitis eine Tasse Bachblütentee. Die Pflegerin wurde abgemahnt, weil sie doch den Arzt hätte rufen müssen.

Was also soll das Pflegepersonal tun, wenn ein Heimbewohner kollabiert oder auch nur angibt, „sich nicht gut zu fühlen“?

Solange wir keine wirklichen Persönlichkeiten in der Politik haben, die die

© Otmar Smit/Fotolia

Der Rettungsdienst wird von Pflegeheimen oft unnötigerweise alarmiert.

Gesetzeslage so fassen, dass man vernünftig arbeiten kann, solange wird sich nichts tun – bis zum Kollaps des gesamten Systems.

- Dr. med. Klaus Haas, Facharzt für Allgemeinmedizin, An der Thomaskirche 1, D-21224 Rosengarten

Inkontinenz attestieren

Soll ich am Bett ausharren, bis mir meine Nase Vollzug meldet?

Bei Ersatzkassenpatienten in Pflegeheimen muss der Träger des Heims eine Bescheinigung vorlegen, in der der Arzt bestätigt, dass der Patient inkontinent ist. Dann kann der Träger des Heims gegenüber den Ersatzkassen einen Tagespauschalsatz für die Versorgung mit Inkontinenzartikeln geltend machen, schrieb unser Experte Dr. med. Gerd W. Zimmermann in MMW Nr. 14/2011, S. 10. Dazu ein Leser:

— Dr. G. W. Zimmermann meint, man könne Pflegemittel „richtig“ verordnen. Dem steht aber die kassenindividuelle Regelgestaltung gründlich im Wege. Und auch die unreflektierten Bedarfsanforderungen der Pflegeheime sind hier wenig hilfreich.

Dass letztlich alles am ärztlichen Attest hängt, befördert uns wieder einmal in eine rechtliche Grauzone. Die Inkontinenz wird vom Personal festgestellt, nicht vom Arzt. Oder sollen wir am Bett ausharren, bis unsere Sinnesorgane den Vollzug der Inkontinenz melden?

Mein Textvorschlag für das Attest lautet: „Es wird bestätigt, dass Mitarbeiter der Pflegeeinrichtung bei Bewohner XY eine Stuhl- und Urininkontinenz gemeldet haben. Ich selber konnte mich aus organisatorischen Gründen von dieser Tatsache nicht persönlich überzeugen. Falls Zweifel am Vorliegen der Inkontinenz bestehen, bitte ich um die Abklärung durch den MDK.“

- Dr. med. Alexander Wild, Egerländer Straße 10, D-95448 Bayreuth